

02 ÖKOSTROM FÜR KOMMUNEN
Städte und Gemeinden in der Pfalz stellen auf klimafreundliche Stromversorgung um.

03 ANREIZ FÜR MEHR EFFIZIENZ
Nachgefragt: Fördert der Staat Sanierungen ausreichend?

04 AN ERFOLG ANKNÜPFEN
Im Interview: René Chassein, neues Vorstandsmitglied der Pfalzwerke.

08 PARTNER BEI ENERGIEWENDE
Wie Kommunen mit den Pfalzwerken kooperieren und finanziell profitieren.



partner

DER NEWSLETTER FÜR KOMMUNEN

04_2011

Liebe Leserinnen und Leser,

der Atomausstieg bis 2022 stellt alle Akteure vor große Herausforderungen. Den Energieverbrauch reduzieren, die erneuerbaren Energien ausbauen, die Stromnetze für die neuen Aufgaben rüsten und die Stromerzeugung dezentral ausrichten: So lauten einige der wichtigsten Aufgaben. Um sie zu lösen, müssen Bund, Länder, Kommunen, Energiewirtschaft und alle Bürger an einem Strang ziehen. Im Alleingang lässt sich die Energiewende nicht meistern. Auf dieser Einsicht basiert die Strategie der Pfalzwerke – nicht erst seit Fukushima. Beispiel dezentrale Stromversorgung: Hier kooperieren

wir bereits seit Jahren mit Kommunen in gemeinsamen Energiegesellschaften wie der Neue Energie Donnersbergkreis GmbH oder NaturEnergie Rockenhauser Land GmbH. Dieses Erfolgsmodell wollen die Pfalzwerke in der Region weiter etablieren, damit Städte und Gemeinden von der Energiewende profitieren. In welcher Form? Dazu erfahren Sie in dieser Ausgabe des *partner* mehr.

Ihr René Chassein,
Vorstandsmitglied der Pfalzwerke

WECHSEL VOLLZOGEN: Winfried Werner, Landrat des Donnersbergkreises (links), erhält von Ralf Poll, Leiter Vertrieb und Handel bei den Pflanzwerken, das Zertifikat für den Ökostrom „naturpower“.

Grünstrom für Kommunen

Ökostrom erlebt derzeit einen Boom – und das beschränkt sich nicht nur auf Privathaushalte. Auch der Landkreis Donnersberg und zwei Kommunen haben umgestellt.

Eine Vorreiterrolle schreibt der Gesetzgeber Kommunen beim Thema Ökostrom nicht zu. Trotzdem entscheiden sich derzeit auch Landkreise, Städte und Gemeinden dafür, ihre Liegenschaften künftig mit CO₂- und kernkraftfreiem Strom zu versorgen. Dazu gehören unter anderem die Verbandsgemeinde Weilerbach, die Ortsgemeinde Winnweiler und der Donnersbergkreis. Bereits 2010 hat der Landkreis beschlossen, auf Ökostrom umzustellen. Ein weiterer Schritt für die klimaschonende Energienutzung, denn bereits 2009 hat der Donnersbergkreis mit den Pflanzwerken und weiteren Gemeinden die Neue Energie Donnersbergkreis GmbH gegründet. Gemeinsam verfolgen die Partner das Ziel, Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien umzusetzen.

DEN ÖKOSTROM „NATURPOWER“ bezieht der Landkreis in den kommenden drei Jahren für seine Verwaltungs- und Schulgebäude, die von den Pflanzwerken, den Stadtwerken Kirchheimbolanden und den Gemeindewerken Eisenberg versorgt werden. Das Zertifikat des TÜV Süd garantiert, dass mindestens ein Viertel der regenerativen Energie aus Neuanlagen stammt. „Nimmt man den durchschnittlichen deutschen Strommix als Grundlage, spart der Donnersbergkreis dank der Umstellung jedes Jahr etwa 500 Tonnen CO₂ ein“, erklärt Ralf Poll, Leiter Energie und Handel bei den Pflanzwerken. Außerdem investiert der Landkreis in den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region. Denn zwei Drittel des Ökostromaufschlags unter Berücksichtigung der Beschaffungskosten fließen beim Produkt „naturpower“ direkt in einen entsprechenden Förderfonds, aus dem die Pflanzwerke neue Anlagen fi-



nanzieren. Der Aufschlag auf den herkömmlichen Strompreis hängt unter anderem von Lieferjahr, Bestellzeitpunkt und der Herkunft ab.

DIE VERBANDSGEMEINDE WINNWEILER und sieben ihrer Ortsgemeinden erhalten ebenfalls die elektrische Energie mit dem Label „naturpower“ für ihre Liegenschaften – mindestens bis Ende 2012. Der Bedarf liegt bei rund 1,2 Millionen Kilowattstunden pro Jahr.

NEBEN DEN GEBÄUDEN DER VERBANDSGEMEINDE WEILERBACH in den Ortsgemeinden versorgen die Pflanzwerke ab September die Pump- und Hebewerke „Weihergruppe“ in der Region mit Ökostrom. Die Kommune hat sich im Gegensatz zu Winnweiler und dem Landkreis Donnersberg für das Produkt „naturstrom“ entschieden. Dieser stammt ausschließlich aus Wasserkraftwerken am Rhein und trägt das „Grüner Strom Label in Gold“. Das bedeutet: 80 Prozent des Ökostromaufschlags fließen in die Förderung von neuen, regenerativen Anlagen in der Region. „Weilerbach unterstreicht damit sein Engagement für eine klimaschonende Energieversorgung“, sagt Ralf Poll. Mit Unterstützung der Pflanzwerke arbeitet die Verbandsgemeinde schon seit 2007 daran, zur CO₂-neutralen und energieautarken Kommune zu werden.

... DIALOG INFO

Weitere Infos zu den Ökostromprodukten der Pflanzwerke hat Thomas Schlosser. Telefon (0621) 585-2235, E-Mail: thomas_schlosser@pflanzwerke.de

Sanierungen unterstützen

Vielen öffentlichen und privaten Gebäuden steht eine Sanierung bevor, damit sie weiterhin die Effizienzstandards erfüllen. Unterstützt der Staat Kommunen und Hausbesitzer hierbei ausreichend?



HELMUT BRAND ist Ortsbürgermeister der Ortsgemeinde Waldgrehweiler, Verbandsgemeinde Alsenz-Obermoschel (230 Einwohner).

HELMUT BRAND: „Aus meiner Sicht müsste der Staat nachbessern. Zwar denken viele Bürger wegen des hohen Ölpreises um. Doch die maximale Fördersumme bietet keinen ausreichenden Anreiz, um zum Beispiel die Heizungsanlage zu erneuern oder die Fassade zu dämmen. Ein Investitionsschub bleibt bei der aktuellen staatlichen Unterstützung somit aus. Vom Zuschuss profitieren nur jene Hausbesitzer, die auch ohne Förderung sanieren würden. So kommt es zu Mitnahmeeffekten. Ich bin mir sicher: Ein höherer Zuschuss löst die Bremse bei privaten Investitionen. Bei unseren kommunalen Gebäuden besteht derzeit kein dringender Bedarf. Sie sind noch recht jung. Zwar könnten wir die Effizienz weiter erhöhen – wir nutzen zum Beispiel noch Ölheizungen. Doch solange die funktionieren und nicht völlig veraltet sind, stellen wir nicht um. Denn auch für die Förderung bei Kommunen gilt: Sie bietet keinen Anreiz für vorgezogene Investitionen.“

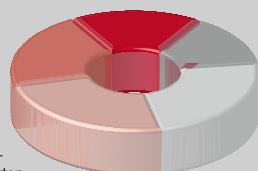


THOMAS HERBACH ist Ortsbürgermeister der Ortsgemeinde Rehweiler, Verbandsgemeinde Glan-Münchweiler (460 Einwohner).

THOMAS HERBACH: „Dass Kommunen beim Thema Effizienz Vorbilder für die Bürger sein sollen, halte ich für richtig. Wünschenswert wären bei Sanierungen jedoch höhere Zuschüsse vonseiten des Staates. Zahlreiche alte Gebäude hierzulande sind längst überfällig. Aber da die Förderung noch zu gering ausfällt, zögern manche Kommunen. Sie können die Modernisierung ihrer Liegenschaften nicht aus eigener Tasche bezahlen. Erst wenn die staatlichen Anreize größer werden, passiert etwas. Eine Lösung sehe ich zum Beispiel darin, Umbauten für mehr Energieeffizienz im Investitionsstock des Landes vorrangig zu behandeln. Wenn es um den Bau von Fotovoltaik- oder Windkraftanlagen geht, dann gibt es andere Möglichkeiten. Bei solchen Vorhaben sollten sich mehrere Kommunen mit dem gleichen Interesse zusammenschließen. Ein Energiedienstleister unterstützt sie dann dabei, das Projekt zu planen und umzusetzen.“

Wie engagiert sich Ihre Kommune ?

- 13,8 % Wir haben bereits ein Elektrofahrzeug getestet / bei uns steht eine Ladesäule.
- 24,1 % Wir wollen ein Elektrofahrzeug anschaffen / eine Ladesäule installieren.
- 24,1 % Wir würden gern mehr tun, haben aber keinen Partner, der uns unterstützt.
- 20,7 % Wir verfolgen das Thema Elektromobilität als Beobachter und warten noch ab.
- 17,3 % Elektromobilität ist auf absehbare Zeit kein Thema für uns.



VOTING FÜR ELEKTROMOBILITÄT

Eine Million Elektroautos bis 2020 auf deutschen Straßen lautet das Ziel der Bundesregierung. Kommunen sollen helfen, diesen Plan zu verwirklichen. Das Voting in Ausgabe 3-2011 des *partner* hat ergeben, dass nur wenige Städte und Gemeinden bereits handeln – etwa 14 Prozent. Sie haben schon eine Ladesäule installiert oder ein Elektrofahrzeug getestet. Jede zweite Kommune plant, diesem Beispiel zu folgen. Rund 25 Prozent der Befragten geben an, dass sie bisher noch keinen Partner haben, mit dem sie dabei zusammenarbeiten. Etwa jeder fünfte Voting-Teilnehmer wartet beim Thema Elektromobilität noch ab, für fast genauso viele besitzt es derzeit gar keine Relevanz.



RENÉ CHASSEIN kennt die Probleme der Entscheidungsträger vor Ort. Seine Erfahrung aus der direkten Zusammenarbeit mit ihnen nahm er mit beim Wechsel in den Vorstand.

„Unkoordinierte Einzelinteressen gefährden die Energiewende“

Seit April gehört René Chassein zum Vorstand der Pfalzwerke. Im Interview erklärt er, wie der Energiedienstleister in den kommenden Jahren mit Kommunen zusammenarbeiten will.

partner: Geht mit dem Vorstandswechsel auch ein Strategiewechsel einher?

René Chassein: Eine solche Notwendigkeit sehe ich nicht, denn die Strategie der Pfalzwerke hat sich bewährt. Die Themen im Zusammenhang mit der Energiewende sind keine neuen für uns. Zum Beispiel gehören regenerative Energien und die dezentrale Versorgung schon seit 20 Jahren zu unserem Geschäft. Wir werden die Strategie daher nicht ändern, sondern unsere Erfahrungen nutzen und am bisherigen Erfolg anknüpfen.

Das heißt also, dass alles beim bewährten Modell bleibt?

Das wäre zu kurz gedacht: Natürlich wird es wegen des Atomausstiegs zu weitreichenden Umbrüchen in der Energiebranche kommen. Da fragen wir uns auch bei den Pfalzwerken, welche Rolle wir einnehmen und mit welchen Partnern wir zukünftig zusammenarbeiten wollen. Mit Kommunen werden wir sicher noch öfter als bisher in Public-Private-Partnership-Projekten kooperieren. Schon vor Fukushima haben sich diese Partnerschaften als Erfolgsmodell bewährt. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien werden die Pfalzwerke und ihre Tochtergesellschaften außerdem öfter den Schritt über die Grenzen der Pfalz machen und sich noch intensiver in anderen Regionen engagieren – zum Beispiel bei Fotovoltaik- und Windkraftprojekten.

Was ist der Grund für diese Projekte über die Grenzen der Region hinweg?

Nur wenn wir unseren Aktionsradius erweitern und auch außerhalb der Pfalz mitspielen, können wir unseren

Kompetenzvorsprung weiter ausbauen. Davon wiederum profitieren unsere Partner in der Pfalz, denn unsere regionale Ausrichtung bleibt das zentrale Element unserer Strategie. Vorrangig gilt: Als Pfalzwerke stehen wir für die Energiewende in der Pfalz und im Saarpfalz-Kreis in einer zentralen Verantwortung.

Wie sieht diese Verantwortung aus?

Wir müssen die Infrastruktur im Verteilnetzbereich konsequent ausbauen und technologisch aufrüsten, um die im Zuge der Energiewende zu erwartende Vielzahl an dezentralen Stromeinspeisungen in das damit einhergehende neue Versorgungskonzept einzubeziehen. Dabei wird es eine der größten Herausforderungen sein, auch weiterhin die gewohnt hohe Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Das wird bei den Pfalzwerken bei wie allen anderen Netzbetreibern hohe Kosten verursachen. Die Investitionen ins deutsche Verteilnetz werden derzeit in Summe auf 50 bis 60 Milliarden Euro geschätzt. Das Problem dabei: Das Netzgeschäft ist staatlich reguliert, Investitionen in moderne Netzinfrastruktur werden derzeit nur bedingt honoriert. Mit den aktuellen Renditen des Netzgeschäftes kann die Branche aus sich heraus keine neuen Produkte, Technologien oder Dienstleistungen entwickeln. Zudem gefährdet eine weitere Zersplitterung des Netzes die dringend notwendige Koordination der sich aus der Energiewende ergebenden Netzausbaumaßnahmen. Hier kommt der Solidargedanke ins Spiel: Nur ein gesamtheitlich bewirtschaftetes und zusammenhängendes Netz lässt sich in Zukunft wirtschaftlich und technisch effizient betreiben.

Was folgt daraus konkret für Netzausbau und -betrieb?

Schnellstmöglich brauchen wir eine koordinierte Netzausbauplanung für die Verteilnetze, wie es sie für die Höchstspannungsebene gibt. Sonst verfallen wir in Kleinstaaterei. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Pfalzwerke diese Aufgabe allein übernehmen wollen. Wichtig wird vielmehr sein, hierbei – wie auch in vielen weiteren Feldern – gemeinsame Lösungen zu finden: Führung und Betrieb des Netzes, Investitionen, IT-Standards und vie-

SEIT 15 JAHREN FÜR DIE REGION

Der gebürtige Westpfälzer wechselte nach seiner Offizierslaufbahn, während der er Elektrotechnik und Wirtschaftsingenieurwesen studierte, zu den Pfalzwerken. Zwischen 1996 und 2008 leitete er verschiedene Unternehmensbereiche in Netzbau, Netzwirtschaft, Netzvertrieb und in der kommunalen Betreuung. Über zwei Jahre lang war er anschließend Abteilungsleiter Konzessionsvertragsmanagement – bis zum Wechsel in den Vorstand Anfang April. Über die Pfalzwerke hinaus ist er durch langjährige Verbands- und Vortragstätigkeit in der Energiebranche vernetzt.

DEN SOLIDARGEDANKEN bezeichnet René Chassein als einen der wichtigsten Bausteine, wenn die Energiewende gelingen soll.



Fortsetzung von Seite 05

les mehr sind eng zwischen den Pfälzer Versorgern abzustimmen. Die Pfalzwerke als Regionalversorger stehen dabei in einer besonderen Verantwortung und wir sind als mehrheitlich kommunales Unternehmen uneingeschränkt zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit bereit.

Welche Projekte mit Kommunen streben die Pfalzwerke in den kommenden Jahren an?

Wir werden uns sicher noch stärker als bisher dem Thema Windkraft widmen. Die Neuauflage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes spricht eine deutliche Sprache: Wind soll es richten. In der Pfalz steigen die Akzeptanz und das Interesse, in solche Anlagen zu investieren. Erfreulich, denn wir wollen nur dort Windkraftanlagen bauen, wo es die politischen Entscheidungsträger und die Bevölkerung befürworten. Alle Kommunen, die Interesse an diesem Thema entwickeln, können wir dabei unterstützen – nicht nur technisch, sondern auch bei der administrativen Abwicklung und Finanzierung.

Womit können Sie die Kommunen als Energiedienstleister außerdem unterstützen?

Die Pfalzwerke wollen Kommunen in Partnerschaften zum Beispiel neue Technologien anbieten – etwa um Strom zu speichern. Wir sind bereits dabei, uns hierzu die notwendige Kompetenz aufzubauen, um diese in Projekte mit Städten und Gemeinden einzubringen. Denn CO₂-Neutralität oder Energieautarkie funktioniert am Ende nur mit modernen Speichersystemen. Mit diesem Ziel werden wir auch in langfristigen Partnerschaften mit der Hochschulforschung sowie innovativen Firmengründern kooperieren. Die Pfalzwerke agieren dann als Vermittler zwischen Kommunen auf der einen Seite und Wissenschaft und Forschung auf der anderen. Auf diese Weise können wir das notwendige Engagement der Kommunen in der Energiewende technologisch flankieren und auf Basis bewährter Partnerschaften langfristig absichern.

In welcher Rolle sehen Sie die Kommunen dabei? Was können Sie als Pfalzwerke nicht leisten?

Die Kommunen und die Politik vor Ort haben die Funktion, den gesellschaftlichen Konsens, den es beim Thema Energiewende derzeit gibt, zu erhalten. Sie müssen daran erinnern, was wir uns für die kommenden Jahre auf die Fahne geschrieben haben – nämlich bis 2022 aus der Kernenergie auszusteigen, mehr regenerative Anlagen zu bauen und den Energieverbrauch zu reduzieren. Das kann die Branche allein nicht leisten. Dazu braucht es die Nähe der Lokalpolitik und kommunalen Verwaltungen zu den Bürgern.

Welche Mittel stehen Kommunen dabei zur Verfügung?

Sie dürfen CO₂-Neutralität und Energieautarkie nicht nur kommunizieren, sondern müssen sie auch leben – mit Energieeinsparungen im eigenen Bereich, aber auch mit Beratung und Energiekonzepten für Privatgebäude. Das können Städte und Gemeinden auch mit geringeren finanziellen Mitteln leisten. Und bei dieser Aufgabe unterstützen die Pfalzwerke sie wiederum mit Dienstleistungen. Wir agieren als Partner in der informativen Beratung.

Das klingt nach einer Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen.

Nur ein solcher Ansatz wird es ermöglichen, die Aufgaben in den kommenden Jahren zu lösen. Denn die Energiewende erfordert einen übergeordneten, gesamthaften Blick. Dazu können und wollen wir als Pfalzwerke einen Baustein liefern. Wir sagen nicht, dass wir allein den Überblick haben. Aber wir werden unseren Teil dazu beitragen, das Vorhaben Energiewende solidarisch voranzubringen. Die Herausforderung ist technologisch ehrgeizig, aber sie ist zu schaffen – sofern Partikularinteressen nicht die Oberhand gewinnen. Jeder muss seinen Beitrag leisten. Und jeder, der Verantwortung übernimmt, egal ob Unternehmen, Bürger oder Kommune, sollte an der wirtschaftlichen Wertschöpfung partizipieren.

Wo sehen Sie dabei ganz persönlich Ihren Platz?

Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Pfalzwerke sich auch im Zuge solch dynamischer Entwicklungen, wie sie zum Beispiel gegenwärtig durch die Energiewende ausgelöst werden, so entwickeln und engagieren, dass sie ihrer Verantwortung für die Region gerecht werden. Denn ich bin Pfälzer mit Leib und Seele und gehe darin auf, die Pfalzwerke als regionalen Energiedienstleister und Partner der Kommunen in die Zukunft zu führen. Ich erlebe die Region als Heimat, weshalb ich für die Menschen hier das Beste erzielen will. Meine unternehmerische Verantwortung steht immer in Verbindung mit diesem Gedanken.



AUCH UMSpannWERKE müssen Betreiber wegen der zunehmenden dezentralen Stromerzeugung modernisieren.

Stromversorgung **sichern**

Die Pfalzwerke Netzgesellschaft rüstet das Stromnetz derzeit für die Aufgaben der kommenden Jahre: eine Investition in die Energiewende.

Die Energiewende verleiht der Stromversorgung in Deutschland ein neues Gesicht. Wegen der wachsenden Zahl von regenerativen Anlagen müssen Betreiber ihre Netze modernisieren und ausbauen.

RUND 6,2 MILLIONEN EURO investiert die Pfalzwerke Netzgesellschaft derzeit in das Stromnetz in der Region Rockenhausen. Dadurch will das Unternehmen die Versorgungssicherheit für die kommenden Jahrzehnte sichern. Dazu beitragen soll unter anderem ein neues Umspannwerk, dessen Leistungskapazität sich bei Bedarf durch einen zweiten Umspanner erweitern lässt. Die Pfalzwerke Netzgesellschaft baut zudem bis

Ende 2011 eine neue 110-Kilovolt-Hochspannungstrasse von etwa 6,8 Kilometern Länge. Von diesen Investitionen profitieren die Stadt Rockenhausen und das Umland in mehrfacher Hinsicht. Auch in Zukunft lassen sich neue regenerative Anlagen ans Netz anschließen, ohne dessen Kapazität bis an die Obergrenze auszureizen.

Darüber hinaus halten der Ausbau und die Modernisierung die Wertschöpfung in der Region. Am Beispiel des größten dort ansässigen Arbeitgebers lässt es sich verdeutlichen: Die Keiper GmbH & Co. KG braucht die Erweiterung, um den Standort auch zukünftig wirtschaftlich und nach technischen Gesichtspunkten zu betreiben.

§ RECHTSINFO

Anfang Juli hat das Gesetzespaket zum Ausstieg aus der Kernenergie den Bundesrat passiert. Die Politik hat den rechtlichen Rahmen gesteckt, damit 2022 das letzte deutsche Atomkraftwerk vom Netz geht. Doch das Paket umfasst weitaus mehr als nur einen Ausstiegsplan. Etwa das *Netzausbaubeschleunigungsgesetz*: Es trägt dazu bei, die Genehmigungsverfahren für die dringend notwendigen Höchstspannungsleitungen zwischen dem Norden und Süden Deutschlands erheblich zu beschleunigen. Hierzu wurden unter anderem Kompetenzen der Bundesnetzagentur und der zuständigen Landesbehörden neu geordnet. Auch das *Erneuerbare-Energien-Gesetz* wurde teilweise geändert – zum Beispiel für Betreiber von neu errichteten Windkraftanlagen auf See. Sie erhalten bald eine höhere Vergütung als bisher: 15 statt 13 Cent pro Kilowattstunde. Bei Onshore-Anlagen hielt sich der Gesetzgeber mit Kürzungen zurück, um diese wichtige regenerative Energiequelle weiterhin angemessen zu fördern. Bei Fotovoltaikanlagen bleibt der Bundestag bei den beschlossenen Einschnitten in puncto Einspeisevergütung. Einen Gesetzentwurf aus dem Paket hat der Bundesrat gestoppt. Es ging dabei um die *steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden*. Der Entwurf sah unter anderem vor, dass Hauseigentümer ihre Handwerkerkosten leichter steuerlich absetzen können. Da dies Kommunen und Länder pro Jahr bis zu 850 Millionen Euro kosten würde, verweigerte der Bundesrat seine Zustimmung.

Erneuerbare Energien **entdecken**

Ein Kurztrip zu Offshore-Windparks, ein Ausflug mit dem Solarboot auf der Spree oder eine Übernachtung in einem Hotel mit Windanlage: Martin Frey führt seine Leser in dem Reiseführer



Deutschland – Erneuerbare Energien entdecken an 160 grüne Plätze hierzu-

lande. Der Autor hat insgesamt sieben Routen zusammengestellt, auf denen sich zahlreiche dieser Orte befinden. Doch nicht allein die regenerative Technik feiert er in seinem Reiseführer. Grüne Kultur, Gastronomie und Freizeittipps finden die Leser ebenfalls. Dazu gehören beispielsweise Fußballstadien, die mithilfe von Fotovoltaikanlagen einen Teil des benötigten Stroms selbst erzeugen – oder auch Freizeitbäder, die keine Heizung brauchen, sondern heißes Thermalwasser nutzen.

DEUTSCHLAND – ERNEUERBARE ENERGIEN ENTDECKEN
Autor: Martin Frey, Verlag: Baedeker, 1. Auflage, 192 Seiten, 14,95 Euro

AN FREIFLÄCHENANLAGEN können sich auch Kommunen finanziell beteiligen. Sie investieren damit in erneuerbare Energien und erzielen eine attraktive Rendite.



An Energiewende **beteiligen**

Die Pfalzwerke arbeiten schon seit vielen Jahren mit Kommunen zusammen, um die erneuerbaren Energien in der Region auszubauen – ein Erfolgskonzept mit Zukunft.

Dezentral und klimaschonender lauten zwei der wichtigsten Attribute für die Stromversorgung von morgen. Kommunen und regionale Energiedienstleister bilden ein ideales Team, um diese Zukunft zu gestalten. Die Pfalzwerke bieten Kommunen verschiedene Möglichkeiten, um beim Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region mitzuwirken. Will eine Stadt oder Gemeinde zum Beispiel auf dem Dach des Dorfgemeinschaftshauses eine Fotovoltaikanlage installieren, helfen die Solarprofis der Tochtergesellschaft Pfalzsolar – von der Planung über den Bau bis zum Betrieb.

DIE FINANZIELLE BETEILIGUNG ist eine weitere Option. Manche Städte und Gemeinden wollen in erneuerbare Energien investieren, verfügen aber selbst nicht über die geeigneten Bauflächen. In diesem Fall können sich Kommunen zum Beispiel an einem Solarpark oder einer Windenergieanlage der Pfalzwerke beteiligen. Auf diesem Weg verbinden sie ihr Engagement für regenerative Energien mit

einer attraktiven Geldanlage. Derzeit liegt die Rendite zwischen fünf und acht Prozent – abhängig von der Art der Beteiligung. Die Kommunen haben hierbei die Wahl zwischen Schuldverschreibungen, Genussscheinen, KG-, Aktien- oder GmbH-Anteilen.

EIN WEITERES ERFOLGSMODELL: Die Pfalzwerke gründen zusammen mit Kommunen eine Gesellschaft nach dem Prinzip des sogenannten Private-Public-Partnership. Über diese Gesellschaft investieren die Partner zum Beispiel in den Ausbau von Fotovoltaikanlagen – so wie die NaturEnergie Rockenhauser Land GmbH. Gemeinsam haben die Verbandsgemeinde Rockenhausen und die Pfalzwerke bereits mehrere Anlagen finanziert und installiert. Schon heute deckt die Kommune auf diese Weise einen großen Teil ihres Strombedarfs mit Energie aus regenerativen Quellen. Ein großer Schritt in Richtung Null-Emissions-Gemeinde: Dieses Ziel will Rockenhausen zusammen mit den Pfalzwerken bis 2020 erreichen.

KURZ GEMELDET

Rund 150 Wohnhäuser finden ab sofort im Neubaugebiet „Studernheim-West, Südliche Erweiterung, Abschnitt II“ in Frankenthal-Studernheim Platz. Für rund 3,5 Millionen Euro haben die Pfalzwerke dort den Endausbau übernommen und unter anderem die Straßen asphaltiert sowie die Beleuchtung installiert.

DIE TERMINE

> Am 24. September informieren die Pfalzwerke im Ausbildungszentrum in Maxdorf über Ausbildungsberufe in der Energiebranche.

> Am 14. und 15. November geht es bei der Messe Kommunale Zukunft Rheinland-Pfalz (KomZu) zum Beispiel wieder um die Energieversorgung und Mobilität der Kommune von morgen.